Beiträge zur Geschichte der deutschen Kohlenwirtschaft von 1913–1924 mit besonderer Rücksicht auf die oberschlesischen Verhältnisse.

Auszug

aus einer Schrift zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften (rer. pol.) bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau

vorgelegt von

Ernst Storm

in Breslau.

Breslau 1925.

Druck der Breslauer Genossenschafts-Buchdruckerei, E. G. b. m. H., Ursulinerstr. 1.

Gedruckt mit Genehmigung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau.
Berichterstatter: Professor Dr. Bräuer.

Vorwort.

Es werden nur Teilgebiete der deutschen Kohlenwirtschaft behandelt, durch deren ausführliche Schilderung eine Übersicht der Verhältnisse im Stein- und Braunkohlenbergbau möglich werden soll.

1. Kapitel: Die deutsche Kohlenwirtschaft im Jahre 1913.

Deutschland förderte vor Kriegsausbruch weit mehr Kohlen als im Inland verbraucht werden konnten. Trotzdem war eine bedeutende Einfuhr aus regionalen Gründen nicht zu vermeiden. Die Ausfuhr war aber etwa viermal so groß als die Einfuhr und bildete einen wichtigen Bestandteil der deutschen Zahlungs- und Außenhandelsbilanz. Die Steinkohlenvorräte sind unerschöpflich zu nennen im Verhältnis zu den Vorräten an Braunkohlen, die relativ klein sind. Die Absatzverhältnisse waren für Stein- und Braunkohlen infolge der Überproduktion besonders in den 90 er Jahren des vorigen Jahrhunderts so ungünstig, daß dadurch größere Zusammenschlüsse von Kohlenproduzenten zustande kamen, die den Zweck hatten, gemeinsame Mittel zur Hebung und Förderung des Absatzes zu finden. Im Steinkohlenbergbau war diese Konzentrationsbewegung im wesentlichen Mitte der 90 er Jahre beendet, während sie im Braunkohlenbergbau erst viel später eintrat. Hier krankte die Bewegung, die in den 90 er Jahren noch in den ersten Anfängen war, an der sehr großen Verschiedenheit der Abbauverhältnisse in ein und demselben Revier. Zu einer großen Konzentration kam es im Braunkohlenbergbau am Anfang dieses Jahrhunderts nur im Rheinland, während es in Mitteldeutschland und Ostelbien bis Kriegsausbruch nicht gelingen wollte, den Zusammenschluß aller Bergwerke innerhalb der beiden Reviere zu erreichen. Die Bedeutung dieser Produzentenzusammenschlüsse für den Kohlenbergbau ist so groß, daß das gesamte Bestehen des Bergbaues im jeweiligen Umfange und seine weitere Entwicklung davon abhängig ist. Die ausführliche Schilderung der Tätigkeit eines solchen Verbandes in Oberschlesien, nämlich der oberschlesischen Kohlenkonvention, gibt daher nicht nur eine Übersicht über die Maßnahmen dieser bergbaulichen Vereinigung, sondern auch einen Überblick über die gesamten Verhältnisse im Kohlenbergbau Oberschlesiens überhaupt. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden bei den Vereinigungen der anderen Reviere (Ruhrsyndikat und den Braunkohlensyndikaten) nur die entsprechenden Vergleiche gezogen bezw. die bedeutenden Unterschiede herausgearbeitet. Im Saargebiet ist der Staatsbergbau vorherrschend. Da hier dieselben geologischen Verhältnisse (Abbauverhältnisse) wie im Ruhrgebiet zu finden sind, ist es auffällig, daß der fiskalische Bergbaubetrieb von 1883—1913 durchschnittlich um

20 v. H. weniger leistete als die Privatbetriebe im Ruhrgebiet. Besonders wesentlich für die gesunde Entwicklung der Gruben war die Tarifpolitik der Eisenbahn für die Beförderung aller Kohlenarten. Durch den Ausnahmetarif 6 und den ermäßigten Ausnahmetarif 6, das sind die Tarife für die Kolhenbeförderung, kam es zu einer erfolgreichen Bekämpfung der englischen Konkurrenz.

2. Kapitel: **Die deutsche Kohlenwirtschaft während des Krieges.**

Bald nach Kriegsbeginn machte sich eine starke Kohlenknappheit geltend, weil die Einfuhr fast ganz aufhörte, dagegen die Ausfuhr nicht allzu sehr zurückging, da die verbündeten Länder auf die deutsche Kohle zum größten Teil angewiesen waren. Deshalb wurde die Zwangswirtschaft für Kohle notwendig, die anderen Ursachen, die auch für die Verkleinerung der Brennstoffbasis zu erwähnen sind, sind die Schwierigkeiten im Transportwesen und die verkleinerte Arbeiterzahl im Steinkohlenbergbau während der Kriegszeit gewesen. Im Braunkohlenbergbau kamen diese Ursachen weniger in Frage, da hier andere Arbeiter- und Verbauchsverhältnisse herrschten. Der Baunkohlenbergbau entwickelte sich daher in der Kiegszeit in aufsteigender Linie weiter fort, während die Steinkohlenförderung ganz erheblich zurückging. Ein Ausgleich in den Kohlenverbrauchsbilanzen von der Kriegszeit gegenüber der des Jahres 1913 war trotzdem nicht möglich, da der Heizwert der Braunkohle zu gering ist. Selbst die verbesserte Wärmetechnik konnte dieses Minus nicht ausgleichen. Die Syndizierung im Braunkohlenbergbau machte in den Kriegsjahren zwar einige Fortschritte, kam aber noch nicht zum Abschluß.

3. Kapitel: **Die Nachkriegszeit.**

Im Steinkohlenbergbau setzten sofort nach Kriegsende große Rückschläge ein. Das Saargebiet ging Ende 1918 verloren, die Ablieferung des Eisenbahnmaterials verschärfte die Transportnot und dadurch auch die Kohlennot. Im Jahre 1919 fingen die Reparationskohlenlieferungen auf Grund des Versailler Vertrages an, dadurch wurde die Kohlenknappheit geradezu unerträglich. Die Konferenzen von Spaa, London, Cannes und Genua brachten von 1920—1922 keine Erleichterung. In diese Zeit der großen Kohlenknappheit fielen die Sozialisierungsexperimente zum Zwecke der Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. Durch den Nachweis der Unrentabilität der bisherigen Staatsgruben überzeugt, begnügte sich die Nationalversammlung mit der Gemeinwirtschaft für die Kohle. Im Kohlenwirtschaftsgesetz sind deren Richtlinien festgelegt. Die deutsche Kohlenwirtschaft ist nun staatlich geregelt, trotzdem bleibt aber der Privatinitiative ein sehr großes Tätigkeitsfeld überlassen. Mitte 1922 traf der Verlust eines Teiles von Oberschlesien die deutsche Volkswirtschaft so schwer, daß durch den Förderungsausfall der nunmehr polnischen Gruben eine Verschlechterung von fast einer Milliarde Goldmark für die deutsche Handelsbilanz von 1923 errechnet wurde. Im Jahre 1923 ergaben sich aus der Besetzung des Ruhrgebiets sehr weitgehende Folgen für die Versorgung Deutschlands mit Brenn-

stoffen. Die Einfuhr erreichte die größte Menge, die die deutsche Wirtschaft jemals vom Ausland bezogen hatte. Durch die Aufgabe des passiven Widerstandes im September 1923 wurde die Versorgung des Inlands soweit ausreichend, daß die Zwangswirtschaft am Jahresschluß aufgehoben werden konnte. Das Jahr 1924 brachte die Steinkohlenförderung den Verhältnissen der Vorkriegszeit nahe. Infolge der schlechten allgemeinen Wirtschaftslage setzte aber ein Absatzmangel ein, der den Steinkohlenbergbau dem völligen Ruin zuführen wird, wenn nicht eine baldige Änderung der Tarifpolitik der Reichsbahn erfolgt. Bis Anfang April 1925 sind alle Bemühungen, eine Tarifierung durchzusetzen, die annähernd derjenigen der Friedenszeit entspricht, ohne Erfolg geblieben. Die Leitung der Reichsbahngesellschaft versprach Abänderung, das Resultat steht (April 1925) noch aus.

Der Braunkohlenbergbau der Nachkriegszeit hat weitere Steigerungen in der Rohbraunkohlenförderung und Brikettherstellung aufzuweisen. Verschiedene Neuerungen ebensowohl in der Gewinnung der Braunkohle wie in ihrer Verwendung vergrößerten seine Rentabilität. Die Syndizierungen gelangten vollständig zum Abschluß, so daß auch hier nirgends mehr ein syndikatsloser Zustand herrscht. Die Überproduktion machte sich, ähnlich wie im Steinkohlenbergbau, auch hier im Jahre 1924 bemerkbar. Wenn staatliche Maßnahmen ergriffen werden sollten, die den Zweck haben, dem Bergbau einen gewissen Schutz zu gewähren, dann würde es angebracht sein, in erster Linie den volkswirtschaftlich ungleich wichtigeren Steinkohlenbergbau zu schützen, und den Braunkohlenbergbau auf eine Förderleistung zurückgehen zu lassen, die etwa dem Verhältnis zwischen der Steinkohlen- und Braunkohlenförderung des Jahres 1913 entsprechen würde.